

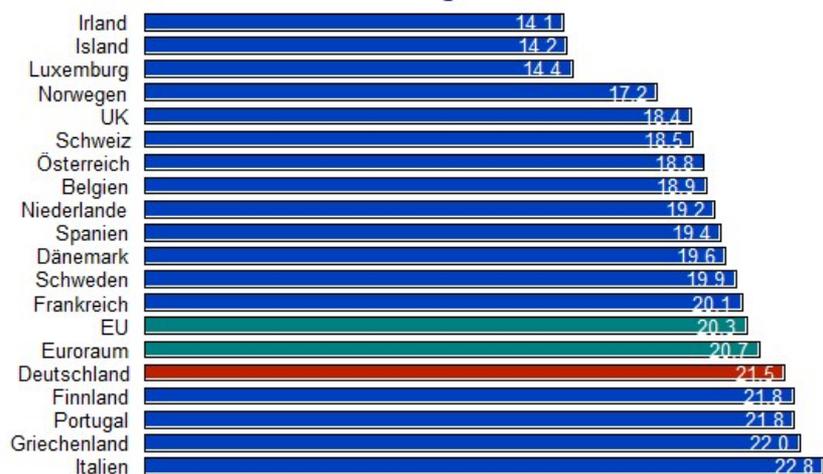


global news 3821 31-08-20: Wachsende Probleme mit der Pflege im Alter (revisited)

Der letzte Rundbrief, der sich mit diesem immer wichtigeren Thema befaßte, ist nun fast zwei Jahre alt - Zeit, sich damit erneut zu befassen. Denn die Krise in der Pflege hat sich seitdem weiter verschärft. Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal und stark steigende Kosten sind die Hauptprobleme.

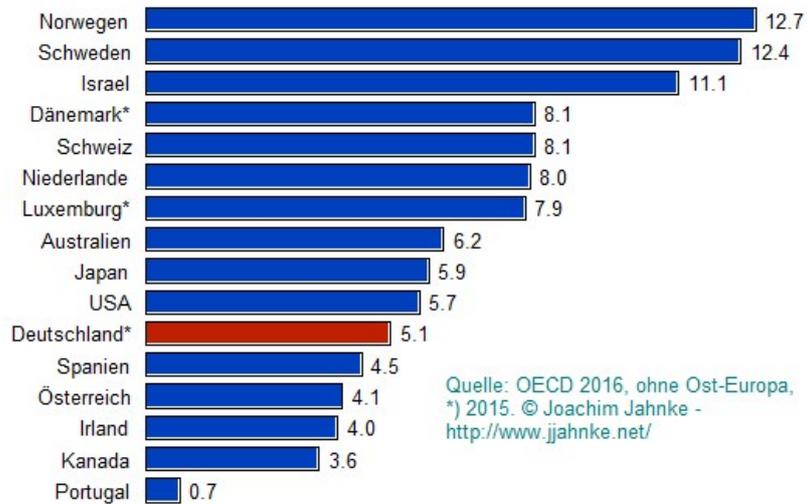
Deutschland hat in W-Europa eine der höchsten Quoten der 65+Alten (Abb. 20931). Doch im internationalen Vergleich hat Deutschland viel zu wenig Langzeit-Pflegepersonal für diese Altersgruppe (Abb. 20056) und gibt auch viel zu wenig Geld dafür aus, vor allem im Vergleich zu den skandinavischen Ländern und vielen anderen (Abb. 20229).

20931: Anteil der Bevölkerung von 65 und mehr Jahren

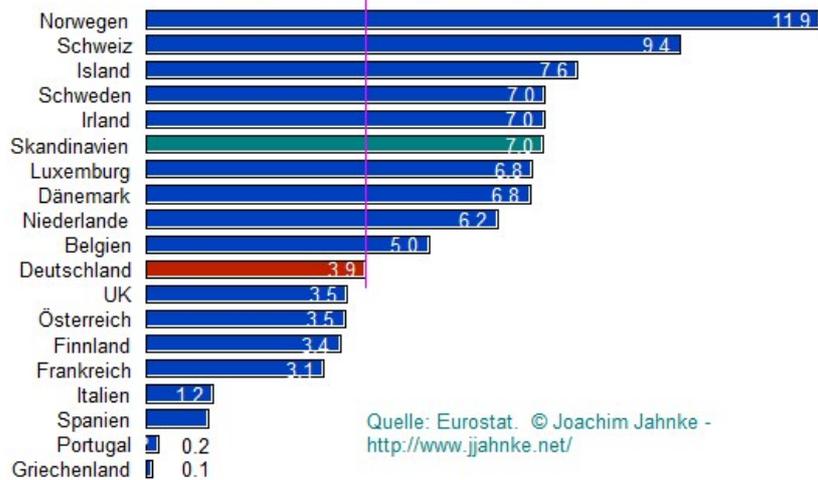


Quelle: Eurostat. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

20056: Langzeit-Pflegepersonal pro 100 Bevölkerung 65+Jahre



20929: Ausgaben für Langzeitpflege in 1.000 Euro/Jahr pro Bevölkerung ab 65 Jahre 2017



Gerade ein Land mit einer so stark alternden Bevölkerung müßte für den Pflegebedarf viel mehr Personal haben und Geld in die Hand nehmen. Im Vergleich zu den skandinavischen Ländern müßte Deutschland mehr als doppelt so viel Personal haben und fast doppelt so viel an Finanzmitteln für die Langzeitpflege derer von 65 Jahren und älter aufwenden. Schon dieses Minus ist ein sozialer Skandal auf dem Rücken der alten Menschen.

1. Steigender Pflegebedarf

Deutschland hat schon heute mit 13,2 Mio. fast so viel Menschen von 70 Jahren und älter wie die 15,5 Mio. Menschen bis 20 Jahre. Von ihnen werden sehr viele pflegebedürftig. In der Altersgruppe von 80 bis 85 Jahren sind es etwas mehr als 21 %, bei 90 Jahren und älter schon etwas mehr als zwei Drittel der Altersgruppe. Dabei haben Menschen von 80 Jahren noch eine durchschnittliche weitere Lebenserwartung von 8 (Männer), bzw. 9,5 (Frauen) Jahren und auch bei denen von 90 Jahren sind es noch 3,7, bzw. 4,3 Jahre. Ein besonders häufiger Zugang zur Pflegebedürftigkeit kommt über Demenz, Parkinson oder Schlaganfall. In Deutschland gelten heute schon etwa 1,7 Millionen Menschen als demenzkrank; ungefähr zwei Drittel davon haben Alzheimer, die häufigste Form der Demenz. Nach einer Studie des University Medical Center Rotterdam erkrankt die Hälfte aller Frauen über 45 Jahre und ein Drittel aller Männer an Demenz oder Parkinson.

Im TK-Meinungspuls aus dem September 2018 wurden die Menschen in Deutschland bevölkerungsrepräsentativ zum Thema Pflege und Demenz befragt. Dabei zeigte sich, dass die Angst vor Demenz groß ist: Wer persönlichen Kontakt zu Demenzbetroffenen hat, hat auch häufiger Angst, selbst zu erkranken. Unter Befragten mit Kontakt zu Menschen mit Demenz äußerten 58 % große Sorge, selbst zu erkranken. Bei denjenigen ohne Kontakt zu Personen mit Demenz teilt diese Sorge immer noch eine sehr große Minderheit von 46 %.

Nach dem Barmer-Pflegereport 2018 fühlen sich pflegende Angehörige oft überlastet. Mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen wird ausschließlich durch Angehörige ohne Beteiligung von Pflegeeinrichtungen versorgt, Bei den Über-60-Jährigen hat knapp jeder Vierte einen Pflegebedürftigen im Haushalt. Doch viele der 2,5

Millionen pflegenden Angehörigen sind der Untersuchung zufolge überfordert, gestreßt oder selbst krank. Die Pflege bestimmt bei 85 % der Betroffenen täglich das Leben. Die Hälfte von ihnen kümmert sich sogar mehr als zwölf Stunden täglich um pflegebedürftige Angehörige. Im Ergebnis stehen 14 % der pflegenden Angehörigen kurz davor, die Pflege einzustellen oder wollen nur mit mehr Hilfe weiter pflegen. Knapp 20 % haben Zukunfts- und Existenzängste.

2. Steigender Mangel an Pflegepersonal

Auf der anderen Seite krankt auch die Pflege in Pflegeeinrichtungen. Die Bertelsmann-Stiftung geht bis 2035 von einer Lücke von 500.000 Vollzeitkräften aus, wenn sich die Zahl der Pflegebedürftigen so erhöht wie derzeit prognostiziert. Nach einer neuen Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft muß die Zahl der Pflegefachkräfte bis zum Jahr 2035 um 44 % auf rund eine halbe Million steigen. Der schon jetzt akute Personalmangel betrifft primär die gut ausgebildeten Fachkräfte, weniger die Hilfskräfte; er ist in der ambulanten Altenpflege noch gravierender als in der stationären.

Der Personalmangel führt derzeit dazu, daß Anforderungen an die persönliche Qualifikation von Bewerbern immer weiter heruntergeschraubt werden. Pflegeheime beschäftigen immer mehr Kräfte aus dem Ausland. Das geht aber nur, weil Behörden und Verbände immer großzügiger bei der Anerkennung von Abschlüssen vorgehen. Allein 2019 wurden 15.500 im Ausland erworbene Examina akzeptiert. Das waren 49 % mehr als im Jahr zuvor, und seit 2016 hat sich die Zahl damit annähernd verdreifacht. Darunter waren vor allem Pflegekräfte aus den Philippinen (2900), Bosnien und Herzegowina (2300) sowie Albanien (1300).

3. Immer weiter steigende Pflegekosten

Pflegebedürftige müssen für die Heimbetreuung immer mehr selbst

beisteuern. Im bundesweiten Schnitt stiegen die zu zahlenden Anteile über die Marke von 2000 Euro im Monat, wie aus Daten des Verbands der Ersatzkassen mit Stand 1. Juli hervorgeht. Im Schnitt sind nun 2015 Euro fällig und damit 124 Euro mehr als Mitte 2019. In den Summen ist auch ein Eigenanteil für die reine Pflege und Betreuung enthalten. Der Eigenanteil allein für die reine Pflege stieg nun im bundesweiten Schnitt auf 786 Euro im Monat, nachdem es zum 1. Juli 2019 noch 693 Euro waren.

Dabei gibt es große regionale Unterschiede. Im Vergleich der Bundesländer am teuersten bleiben Heimplätze in Nordrhein-Westfalen mit nun durchschnittlich 2405 Euro. Dagegen ist die Belastung in Sachsen-Anhalt mit 1436 Euro am niedrigsten. In den Summen ist zum einen der Eigenanteil für die reine Pflege enthalten. Denn die Pflegeversicherung trägt - anders als die Krankenversicherung - nur einen Teil der Kosten. Für Heimbewohner kommen aber noch Kosten für Unterkunft, Verpflegung und für Investitionen in den Heimen dazu.

Angesichts immer höherer Zuschläge für die Pflege im Heim fordern Verbraucherschützer ein Gegensteuern der Bundesregierung. Dazu der Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), Klaus Müller:

"Die Pflegekosten sind eine tickende soziale Zeitbombe. Es gibt bei den Eigenanteilen Steigerungsraten wie sonst höchstens bei Berliner und Münchner Mieten. Die Leistungssätze der Pflegeversicherung müssen jährlich und automatisch angepasst werden - orientiert an der Inflationsrate und den Personalkosten. Dies kann nicht immer endlos verschoben werden. Zudem gibt es eine gesamtgesellschaftliche Finanzierungsverantwortung. So kann das Risiko weder allein auf die Pflegebedürftigen noch allein auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber als Beitragszahler verlagert werden.

Deswegen braucht es einen Bundeszuschuss aus dem Steueraufkommen für die Pflege. In der Pflicht sind auch die Länder. Der Aufgabe, die Infrastruktur der Heime zu finanzieren, kommen sie in der Regel nicht richtig nach."

4. Wachsende Sorgen vor Pflegearmut

Die selbst zu tragenden Kosten steigen ungebremst und bringen viele Menschen und ihre Angehörigen in Not. Nicht einmal jeder Zweite ist nach der Barmer-Umfrage mit der eigenen Vorsorge für den Fall einer Pflegebedürftigkeit zufrieden. 48 % fühlen sich nicht ausreichend abgesichert und nur 47 % hingegen schon. Darüber hinaus gab jeder Dritte an, noch keinerlei finanzielle Vorsorge für das Alter getroffen zu haben. Da die Pflegeversicherung nur einen Teil der Gesamtkosten der Pflege übernimmt, müssen immer mehr alte Menschen Hilfe zur Pflege (Sozialhilfe) in Anspruch nehmen. Vor allem bei Heimunterbringung reichen die Pflegeversicherung und das eigene Einkommen häufig nicht aus.

Von 1989 bis 2016 hat sich die Zahl der Empfänger von Hilfe zu Pflege um mehr als die Hälfte auf 440.000 erhöht. Nach einer Umfrage für den neuen DAK-Pflegereport beklagen 87 % der Befragten, Pflegeheime seien teuer. Sieben von zehn Befragten sind der Meinung, daß sich viele Familien Pflegedienste und Heime nicht leisten können.

Außerdem gehen den alten Menschen schon demografisch zunehmend die Familien verloren, in denen sie sich aufgehoben fühlen könnten. Wie dramatisch dieser Prozeß ist, zeigt ein Vergleich mit dem Jahr 1970. Damals kamen im statistischen Vergleich in Deutschland auf jeweils 100 Ältere ab 65 Jahren noch 171 aus der Generation der Enkelkinder bis zu 14 Jahren, während es heute nur noch 60 sind und nach den Projektionen aus dem UN-Bevölkerungsprogramm in

2050 nur noch etwa 42 sein werden. Sehr viele der Alten dürften schon heute keine Enkelkinder mehr haben.

Doch das deutsche Sozialstaatsprinzip, wonach ausweislich Artikel 21 Grundgesetz Deutschland ein "sozialer" Bundesstaat ist, scheint weitgehend vergessen. Das ist umso unverständlicher, als gleichzeitig in weiten Kreisen der Politik die Fürsorge für ausländische Zuwanderer, die meist aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen und zu großen Teilen dauerhaft auf staatliche Fürsorge angewiesen sind, ganz oben rangiert. Fünf Jahre nach Merkels "Wir schaffen das!" hat sich daran wenig geändert. Dabei hätte sie durchaus die deutschen Grenzen schließen lassen können, wie es jetzt wegen der Seuche sogar gegenüber guten Nachbarn, wie Luxemburg, hemmungslos geschehen ist.

* * * * *



[per Mail verlinken](#)

P.S.: Bitte Rundbrief [hier](#) bewerten (eine für mich wichtige Orientierungshilfe). Dies ist allerdings kein Blog, bei dem in aller Breite Diskussionen geführt werden können. Ich gehe daher nur auf Fragen und außerdem auf besonders kritische Beurteilungen ein, wenn meinerseits Richtigstellungen nötig werden. Auf anonyme Zuschriften oder solche von außerhalb des Bestellkreises der Rundbriefe gehe ich nicht ein.

Zu den schon gestellten Fragen und meinen Antworten [hier](#).

[Hier](#) der Rundbrief auf der Webseite. Für neue Interessenten/innen: [hier](#) kostenlos bestellen.

